

Entschließungsantrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen
und Gesundheit**

— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5565, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,
in der Abteilung „Familie und Soziales“ eine Dienststelle
„Schwulenreferat“ einzurichten.

Im „Arbeitsstab Frauenpolitik“ soll eine Dienststelle „Lesbenreferat“ eingerichtet werden.

Jede dieser Dienststellen soll durch die Schaffung zweier zusätzlicher Planstellen (A 16) und durch die Umgruppierung von Mitarbeitern/innen des Ministeriums personell ausgestattet werden.

Bonn, den 27. November 1989

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Im Bereich Lesben- und Schwulenpolitik zeichnet sich die Bundesregierung durch völlige Untätigkeit aus. Das Verhältnis der Gesellschaft zu homosexuellen Menschen ist aber eine Frage, die alle angeht. Die Lebenssituation der Schwulen und Lesben zu verbessern, ist daher eine staatliche Aufgabe. Im Vergleich zu den skandinavischen Ländern, zu den Niederlanden und Frankreich hinkt die Politik in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Bereich der europäischen Entwicklung hinterher. Auch die Stellungnahmen der Bundesregierung in der letzten Wahlperiode zu den Belangen von Homosexuellen haben wiederholt gezeigt, daß die Bundesregierung in diesem Bereich weder Kompetenzen noch einen Willen zum Einsatz für gleiche Menschen- und Bürgerrechte von Lesben und Schwulen zeigt.

Bislang scheint im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und in der gesamten Bundesregierung vielmehr eine weitgehende ablehnende Haltung gegenüber den Problemen und Belangen von Lesben und Schwulen zu bestehen. Eine geklärte Zuständigkeit gibt es für diese Fragen offensichtlich nicht, da auch die Beantwortung von Schreiben des bundesdeutschen Dachverbandes der Schwulenbewegung, des Bundesverbandes Homosexualität, vom Arbeitsstab Frauenpolitik im Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit erledigt wird.

Um diesem Mißstand abzuhelpen, ist es erforderlich, daß zwei Dienststellen in der Bundesregierung für die Belange der Schwulen und der Lesben zuständig sind. Zahlreiche andere Organisationen, wie AStAs oder die Fraktion DIE GRÜNEN, haben mit der Einrichtung solcher Referate positive Erfahrungen gemacht (vgl. Drucksache 11/5003).